



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

JUNGE POLEN UND DIE DEMOKRATIE

■ ANALYSE

Der Wähler 2.0. Junge Polen über Politik und Demokratie
Marta Gałązka, Warschau

2

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Umfragen zu Demokratie, Politik und Internetnutzung

6

■ CHRONIK

Vom 4. Dezember 2012 bis zum 14. Januar 2013

10

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Der Wähler 2.0. Junge Polen über Politik und Demokratie

Marta Gałązka, Warschau

Zusammenfassung

Junge Menschen haben eine andere Haltung gegenüber den demokratischen Prozeduren als ältere Bürger. Viele von ihnen interessieren sich nicht für Politik, finden sie doch keine Partei, die ihre Ansichten und Interessen repräsentiert. Sie sind sehr kritisch den Politikern gegenüber eingestellt; sie erwarten fachliche Debatten und entschiedenes Handeln. Gleichzeitig sind die neuen Technologien für die jüngste Generation sehr wichtig. Das Internet ist für sie nicht nur die wichtigste Informationsquelle, sondern vor allem eine ganz normale Umgebung, in der sie leben. Im Zusammenhang mit ihrem bürgerschaftlichen Engagement ist die Definition der Bedürfnisse und Erwartungen der jungen Bürger besonders wichtig. In der Analyse wird zunächst das »politische Porträt« der jungen Polen vorgestellt, ihre Einstellungen zur Demokratie, ihre Meinungen zur Politik und zu Politikern und ihre Parteipräferenzen. Anschließend werden die wichtigsten Informationsquellen zur Politik und die Faktoren, die auf die Wahlbeteiligung Einfluss nehmen, präsentiert.

Die hier vorgestellten Daten und Erkenntnisse sind der Publikation des Instytut Spraw Publicznych (Institut für Öffentliche Angelegenheiten) »Wyborcza 2.0. Młode pokolenie wobec procedur demokratycznych« (»Der Wähler 2.0. Die junge Generation gegenüber demokratischen Prozeduren«) entnommen, die von Dominik Batorski, Marcin Drabek, Marta Gałązka und Jarosław Zbieranek 2012 verfasst wurde. Während der zugrunde liegenden Untersuchung wurde eine Durchsicht der bisherigen polnischen und ausländischen Forschung zur Wahlbeteiligung junger Menschen vorgenommen. Analysiert wurden u. a. die Forschungsergebnisse von Polskie Generalne Studium Wyborcze und Diagnoza Społeczna sowie Daten, die vom Centrum Badania Opinii Społecznej (CBOS) und SMG/KRC im Auftrag des Instytut Spraw Publicznych erhoben wurden. Darüber hinaus wurden im Juni 2012 in Warschau fokussierte Gruppeninterviews mit Jugendlichen und Studierenden im Alter von 15 bis 25 Jahren durchgeführt. Die dabei geäußerten Meinungen und Ideen waren wesentlich für das Verständnis der analysierten quantitativen Untersuchungsergebnisse.

Einstellungen zur Demokratie

Seit vielen Jahren hält sich das Interesse der Jugend an der Politik auf niedrigem Niveau. Die Mehrheit der Jugend bezeichnet ihr Interesse an Politik als »mittelmäßig« und bekennt, nur den wichtigsten politischen Fragen Aufmerksamkeit zu schenken. Diese Haltung wurde von 52 Prozent im Jahr 1996 bis hin zu 40 Prozent im Jahr 2010 eingenommen. Aktuell beobachten nur 14 Prozent der jungen Polen aufmerksam die politische Bühne.

Viele junge Menschen unterstreichen, dass ihnen die Politik durch grundlosen Streit zwischen den Politikern und deren Beschäftigung mit »Stellvertreterproblemen« verleidet wird. Unabhängig davon, wie groß

ihr Interesse an öffentlichen Problemen ist, missfällt ihnen, dass sich die Politik ständig mit denselben, in den Augen der Jugend unwesentlichen Themen beschäftigt, wie weltanschaulichen und historischen Fragen. Ein signifikanter Teil der Jugend erwartet fachliche Debatten und konkrete Handlungen in wichtigen Bereichen, wie zum Beispiel Rente, Schulwesen oder Wohnungsmarkt. Dies ist besonders interessant, wenn man diese Ergebnisse mit dem Stereotyp vergleicht, dass sich die Jugend nur ungern mit derlei Fragen beschäftigt und sich gerade den »Stellvertreterthemen« zuwendet.

Das Verhältnis der jungen Generation zur Demokratie ist nicht eindeutig und eher reserviert. Alle zwischen 1994 und 2010 durchgeführten Untersuchungen zeigten, dass unter den jungen Menschen prodemokratische und ambivalente Einstellungen vorherrschen. Assoziiert wird die Demokratie mit einer relativ autonomen Wertesphäre, gleichgesetzt mit Menschenrechten und der allgemeinen Verbreitung der Wahlfreiheit, aber nicht immer funktioniert die Demokratie entsprechend den Erwartungen der jungen Generation. Im Jahr 2010 äußerten 61 Prozent der Jugendlichen ihre Missbilligung gegenüber der polnischen Demokratie. Außerdem sind für einen bedeutenden Teil der Jugend die Regeln der Demokratie nicht vollkommen verständlich und wecken viele Zweifel. Unzufriedenheit rufen u. a. der fehlende unmittelbare Einfluss auf die Realität hervor, Probleme der politischen Repräsentation, die zu enge Verbindung zwischen Politik und Medien, die inadäquate Finanzierung der Parteien und die fehlende tatsächliche Kontrolle der Aktivitäten der Politiker. Viele negative Eigenschaften werden der kurzen Phase in der Entwicklung der Demokratie zugeschrieben, was die im Allgemeinen positive Haltung zur Demokratie in normativer Hinsicht bestätigt. Abgesehen von der Kritik an der aktuellen Ausprägung der polnischen Demokratie unterstreicht die Jugend deutlich den grundsätzlich posi-

tiven Einfluss, den sie auf die zivilgesellschaftliche Entwicklung und die Verbesserung der Qualität des politischen Lebens nehmen kann.

Das Image der Politik und der Politiker

Unabhängig vom Grad des Interesses an öffentlichen Angelegenheiten und den Ansichten zum Thema Demokratie erfreuen sich die Politiker und die Parteien keiner hohen Meinung unter den Jugendlichen. Die jungen Menschen haben kein Vertrauen zu den Politikern, sind sie doch der Meinung, dass die politisch Verantwortlichen ihre Versprechen und Erwartungen nicht erfüllen und sich in ihren Handlungen nur von ihren eigenen Interessen leiten lassen. Sie würden sich nicht mit den Angelegenheiten befassen, die für die Gesellschaft wesentlich sind, dafür seien sie ständig in grundlose Streitereien verwickelt. Die Mehrheit von 77 Prozent meint, dass Macht zu erlangen das Hauptziel politischer Gruppierungen sei bzw. für die politischen Führer, persönlichen Nutzen zu erzielen. Nur wenige sind der Meinung, dass die Parteien ihre Interessen vertreten (7 Prozent) oder herausstellen, welche Fragen wichtig sind und welche Richtung angestrebt werden soll (6 Prozent). Die Jugend ist sich allerdings bewusst, dass das Bild der Politiker in sehr hohem Maße von den Medien abhängt, sowohl davon, wie sie dargestellt werden, als auch wie sie sich selbst in den Medien inszenieren. Viele Jugendliche geben an, dass sie das »wahre Gesicht« der Politiker kennenlernen möchten, sie sind aber gleichzeitig der Ansicht, dass die Medien daran nicht interessiert sind.

Die Aktivitäten der Politiker werden überwiegend negativ beurteilt. Das Stereotyp des Politikers setzt sich aus Sicht der Jugend aus folgenden Faktoren zusammen: vermögend, (immer noch) männlich, passiv in öffentlichen Angelegenheiten, aber ständig um Echo bemüht, streitsüchtig. Er führt aggressive Diskussionen und lässt sich von seinem eigenen oder vom Parteiinteresse leiten. Ein großer Teil der Jugendlichen meint ebenfalls, dass sich die Parteien für die Wähler und dafür, was diese zu sagen haben, ausschließlich im Wahlkampf interessieren, daher haben gewöhnliche Bürger keinen Einfluss darauf, was die Regierung macht. Diese Überzeugungen bestimmen das fehlende Vertrauen in die Politiker.

Die Jugend hat das Gefühl, dass das politische Milieu hermetisch ist, was sowohl die Probleme betrifft, mit denen sich die Politiker beschäftigen, als auch die Personen, die im öffentlichen Leben auftreten. Sie ist außerdem überzeugt, dass die Medien die Tendenz verstärken, dass sich die Politiker nicht mit Schlüsselfragen junger Menschen auseinandersetzen, orientieren sich diese doch an der Medienberichterstattung statt an den Bedürfnissen ihrer Wähler.

Die Parteipräferenzen der Minderjährigen¹

Die Jugendlichen haben andere politische Ansichten als der Rest der Gesellschaft. Im Jahr 2012 unterstützten sie am häufigsten die Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość* – PiS); mit ihr sympathisieren 22 Prozent der Jugend. Große Unterstützung erhielt auch die *Palikot Bewegung* (*Ruch Palikota*) mit 18 Prozent. Sehr schlecht mit nur 12 Prozent wird die *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska* – PO) von den jungen Polen eingeschätzt. Fast jeder zehnte Jugendliche (9 Prozent), der angibt, zur Wahl gehen zu wollen, unterstützt die *Neue Rechte von Janusz Korwin-Mikke* (*Nowa Prawica Janusza Korwin-Mikkego*). Die *Polnische Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe* – PSL) und *Solidarisches Polen von Zbigniew Ziobro* (*Solidarna Polska Zbigniewa Ziobry*) würden nur 2 Prozent der Jugend unterstützen.²

Vollkommen anders sieht die Unterstützung für die Parteien unter den Erwachsenen aus. Am meisten Anhänger hat hier die PO mit 27 Prozent. Etwas weniger unterstützen PiS – 20 Prozent. Deutlich weniger Sympathie rufen die *Demokratische Linksallianz* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej* – SLD) mit 8 Prozent –, die *Palikot Bewegung* (6 Prozent) und die PSL (6 Prozent) hervor. *Solidarisches Polen von Zbigniew Ziobro* und *Neue Rechte von Janusz Korwin-Mikke* verzeichnen jeweils 2 Prozent Anhänger.

Anders geprägte politische Präferenzen junger Menschen sind keine neue Erscheinung. Im Jahr 2011 gewann in den vom Zentrum für Bürgerbildung (*Centrum Edukacji Obywatelskiej*) im Rahmen der Aktion »Die Jugend wählt« durchgeführten Jugendwahlen die *Palikot Bewegung* mit 36 Prozent. Deutlich weniger Unterstützung erhielten PiS mit 21 Prozent, PO mit 20 Prozent, *Polen ist das Wichtigste* (*Polska Jest Najważniejsza* – PJN) und SLD mit jeweils 6 Prozent. Ein Teil der Jugendlichen unterstützte auch die *Neue Rechte von Janusz Korwin-Mikke* (*Nowa Prawica Janusza Korwin-Mikkego*) und die *Polnische Bauernpartei* (*Polskie Stronnictwo Ludowe* – PSL) mit jeweils 3 Prozent. Auch hier sahen die politischen Vorlieben der Jugend anders aus als die der Erwachsenen. Zum Vergleich: In den Parlamentswahlen 2011 wurden die meisten Stimmen für die PO abgegeben (39 Prozent). PiS wurde mit 30 Prozent der Stimmen unterstützt, die *Palikot Bewegung* erhielt 10 Prozent und die PSL und die SLD jeweils 8 Prozent.³

1 Dieser Abschnitt ist der Publikation »Wyborca 2.0« des Institut Spraw Publicznych, hrsg. v. Dominik Batorski, Marcin Drabek, Marta Gałązka und Jarosław Zbieranek. Warszawa 2012. S. 23–24, entnommen.

2 Cybulska, Agnieszka: *Reprezentatywność partii politycznych*. Komunikat z badań. Centrum Badań Opinii Społecznej. Warszawa 2012. S. 6–11.

3 Bekanntmachung der Staatlichen Wahlkommission vom 11. Oktober 2011 über die Ergebnisse der Wahlen zum Sejm

Untersuchungen zum Gefühl der Repräsentativität von Parteien zeigen, dass die Identifikation der Polen mit Parteien nicht groß ist. Die Mehrheit der politischen Gruppierungen wird in geringem Maße als Fürsprecher der Interessen und Ansichten der Wähler betrachtet. Die Charakteristik der gesellschaftlichen Basis der einzelnen Parteien bestätigt diese Meinung. Als »Partei der jungen Menschen« kann die *Palikot Bewegung* und die *Neue Rechte von Janusz Korwin-Mikke* angesehen werden. Zunehmende Sympathie weckt *PiS* bei den jungen Polen.⁴

Die politischen Vorlieben der jungen Menschen verweisen auf eine generationsspezifische Besonderheit. Deutlich ist das kritische Verhältnis der Jugend zu den Regierungsparteien. Eine Ursache für die sinkende Unterstützung kann die Missbilligung und Enttäuschung über die Regierung beispielsweise im Zusammenhang mit der Unterzeichnung von ACTA sein.

Untersuchungen der öffentlichen Meinung und der Wahlergebnisse im Rahmen der Aktion »Die Jugend wählt« zeigen deutlich, dass junge Menschen die größte Sympathie stark ideologisierten Gruppierungen schenken, die ein deutliches politisches Programm haben und an deren Spitze charismatische Führer stehen.

Medienkonsum

Die am häufigsten genutzte Informationsquelle zu den Wahlen und den aufgestellten Kandidaten ist das Fernsehen. Für 63 Prozent der Gesellschaft ist es die Hauptwissensquelle. Dagegen ist für die Polen im Alter von 18 bis 24 Jahren eine andere Informationsquelle wichtig. 65 Prozent der jungen Menschen suchen Nachrichten über die Politik im Internet.

Dieser Unterschied zwischen den Generationen erscheint naheliegend. Die Generationen leben in unterschiedlichen medialen Welten. Das, was mit Hilfe des Fernsehens die älteren Menschen erreicht, kommt bei den jungen nicht an. Die Parteien sollten daher mehr Gewicht auf das Internet legen, eventuell auf Kosten von Fernsehspots.

Die jungen Polen nutzen das Internet bedeutend häufiger und intensiver als die älteren Polen. Der durchschnittliche Nutzer im Alter von 15 bis 24 Jahren bringt wöchentlich 18 Stunden im Netz. Personen im Alter von 30 Jahren und älter nutzen das Internet deutlich kürzer. Außerdem setzen die jungen Menschen das Netz entschieden vielseitiger ein und nutzen es für unterschiedliche Aktivitäten.

Die Zeit, die der Internetnutzer dem Internet widmet – durchschnittlich zwei Stunden täglich –, ist länger als für jedes andere Medium. Das am stärksten verbreitete Medium in der Gesellschaft, das Fernsehen, wird von der Jugend wöchentlich im Durchschnitt zirka 13 Stunden konsumiert. Insbesondere bei den unter 30-Jährigen überwiegt die Nutzung des Internets eindeutig den Fernsehkonsum. Unter den 15- bis 24-Jährigen nutzen 60 bis 70 Prozent das Internet intensiv, und nur ein Drittel sieht mehr als zehn Stunden in der Woche fern. In der Gruppe der 30- bis 40-Jährigen werden beide Medien zeitlich ungefähr gleich eingesetzt. In den höheren Altersgruppen nutzt weniger als die Hälfte der Untersuchten das Internet intensiv.

Parteien und politische Organisationen, die sich der zivilgesellschaftlichen Aktivierung junger Menschen widmen, sollten alle Bemühungen darauf richten, dass ihre *online* gestellten Informationen nicht nur die Aufmerksamkeit der Jugendlichen wecken, sondern diese vor allem zu aktiver Teilnahme animieren.

Das Engagement der jungen Polen und das Internet

Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass ein positiver Zusammenhang zwischen der Internetnutzung und dem Interesse an öffentlichen Angelegenheiten und der Wahlbeteiligung besteht. Internetnutzer nehmen in größerem Maße als diejenigen, die das Medium nicht nutzen, an Aktivitäten für die lokale Gemeinschaft und öffentlichen Versammlungen teil und sind in unterschiedlichen Organisationen aktiv. Obgleich die gesellschaftliche Aktivität nach Altersgruppen stark differiert, ist sie doch in jeder Altersgruppe bei denjenigen stärker, die das Internet nutzen.

Auch wenn sich die jungen Polen signifikant weniger für die lokalen Gemeinschaften einsetzen als ältere, ist dieses Engagement auch unter den Internetnutzern größer. Ähnlich ist es im Fall von Praktika und sozialem Engagement. Internetnutzer interessieren sich außerdem häufiger für Politik. Dies kann daraus resultieren, dass die Nutzung des Internets einen größeren Zugang zu Kommentaren, Analysen und politischen Informationen bereithält, was ein besseres Verständnis des politischen Geschehens ermöglicht. Internetnutzer geben häufiger an, an Wahlen teilnehmen zu wollen, als diejenigen, die das Medium nicht nutzen. Im Jahr 2007 war die angegebene Wahlbeteiligung unter Internetnutzern 8,5 Prozentpunkte höher als bei denjenigen, die das Internet nicht nutzen. Dies bestätigt die Präsidentschaftswahl von 2010. Die Wahlbeteiligung im ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen war in den Gemeinden höher, in denen das Internet in hohem Maß genutzt wurde.

der Republik Polen am 9. Oktober 2011. (Dz.U. z 2011, Nr. 218, poz. 1294).

4 Cybulska, Agnieszka: *Reprezentatywność partii politycznych. Komunikat z badań*. Centrum Badań Opinii Społecznej. Warszawa 2012. S. 6–11.

Die Wahlbeteiligung der Jugend

In der jüngsten Wählergruppe ist die Wahlbeteiligung am niedrigsten. Die Differenz zwischen der angegebenen Wahlbeteiligung der jüngsten Wählergruppe und der Wähler über 24 Jahre beträgt von 10 bis zu sogar 20 Prozent. Die bereits dargestellten Ansichten der jungen Bürger zu Politik und Demokratie erklären teilweise das geringe Interesse der Jugend an den Wahlen. Jedoch lohnt es, einen genaueren Blick auf einige Faktoren zu richten, die die Wahlbeteiligung beeinflussen.

Die geringe Wahlbeteiligung der Jugend kann mit dem Lebensabschnitt in Zusammenhang stehen. Gleich nach Erlangung der Volljährigkeit konzentrieren sich die jungen Menschen vor allem auf die Ausbildung, den Eintritt ins Berufsleben und das Privatleben. Erst nachdem eine gewisse Stabilisierung im Leben erreicht ist, haben sie zunehmend an Erfahrungen gewonnen und beginnen besser zu verstehen, dass die Entscheidungen der Politiker einen großen Einfluss auf ihr Leben haben. Außerdem wissen sie mehr und mehr, was gut für sie selbst, für die Gesellschaft, in der sie leben, und für ihr Land ist.

Wie bereits erwähnt, bewirken das geringe Interesse an politischen Fragen und das fehlende gesellschaftliche und politische Engagement, dass die Jugend ungern wählen geht. Begünstigt wird die politische Aktivität jedoch vom Engagement in unterschiedlichen Organisationen, gesellschaftlichen Initiativen oder Parteien, werden dabei doch unter anderem Hinweise gegeben, wo, wie und vor allem warum man wählen gehen sollte. Schließlich wird in gesellschaftlichen Organisationen erwartet, dass die Mitglieder Entscheidungen treffen und dabei nicht nur das eigene Interesse berücksichtigen, sondern auch die Bedürfnisse der Gesellschaft.

Viele – nicht nur junge – Wähler motiviert das Risiko, dass ein für sie unerwünschtes Wahlergebnis eintritt, an den Wahlen teilzunehmen. In einem solchen Fall handelt es sich um eine strategische Stimmabgabe. Auch die Möglichkeit, die eigene Haltung in konkreten Fragen zu präsentieren (einen Kandidaten zu wählen, der ähnliche Ansichten vertritt), die Unzufriedenheit mit den Vorgängerregierungen und gleichzeitig die Hoffnung auf Veränderung motivieren zur Stimmabgabe. Solche Motive kamen bei den Parlamentswahlen 2007 zum Tragen. Viele junge Menschen, die vorher kein Interesse an Politik bekundet hatten, begaben sich massenhaft zu den Wahllokalen, um ihre Unzufriedenheit mit der von *PiS* dominierten Regierung, vor allem mit den Änderungen im Bildungssystem, zum Ausdruck zu bringen. Viele Personen entschieden dabei nicht nur, selbst wählen zu gehen, sondern mobilisierten auch ihre Familien und Bekannten, aus Angst, dass ein für sie ungünstiges Wahlergebnis eintreten könne.

Der Wahltermin ist ein weiterer Faktor, der die Wahlbeteiligung beeinflusst. Gewöhnlich nehmen an Wahlen, die an einem Sonntag stattfinden, mehr Personen teil, doch das sich verändernde Freizeitverhalten, das sich darin äußert, dass man am Wochenende häufiger auswärts ist, hat zur Folge, dass die Teilnahme an den Wahlen zu sinken beginnt. Besonders deutlich ist das bei jungen Menschen, die sich durch eine große Mobilität auszeichnen, dies gilt vor allem für Studierende, aber auch für Berufstätige, die das Wochenende nicht dort verbringen, wo sie gemeldet sind. Auch wenn sie am Wahltag in der Stadt sind, in der sie gemeldet sind, wollen die jungen Menschen ihre Freizeit zunehmend für Unterhaltung und Erholung nutzen und nicht, um das Wahllokal aufzusuchen. Daher ist es sehr wichtig, weitere Methoden der Stimmabgabe nutzen zu können. Die Erweiterung der Möglichkeit, seine Stimme per Briefwahl oder über Bevollmächtigte abzugeben, sowie die Einführung der Stimmabgabe im Internet oder die vorgezogene Stimmabgabe können für manche Bürger eine wesentliche Erleichterung darstellen. Alternative Wahlmethoden erlauben nicht nur den mobilen Bürgern zu wählen, sondern auch denen, die aufgrund einer Krankheit, ihres Alters oder einer Beeinträchtigung das Wahllokal nicht aufsuchen können. Auch wenn sich die jungen Menschen bewusst sind, dass Missbrauch und Wahlfälschungen eintreten könnten, stellt ihre Gruppe die meisten Anhänger der elektronischen Stimmabgabe.

Auf die Wahlbeteiligung hat außerdem die Häufigkeit der Wahlen Einfluss. Wenn Wahlen zu häufig stattfinden, sinkt die Beteiligung, da jede Abstimmung ein bestimmtes Engagement der Bürger erfordert. Es geht dabei nicht nur um die Zeit, die die Abgabe der Stimme in Anspruch nimmt, sondern vor allem um die Zeit, die benötigt wird, um sich mit dem Programm der Kandidaten, den Regeln der Stimmabgabe usw. auseinanderzusetzen. Dies gewinnt umso mehr an Bedeutung, als junge Menschen der Meinung sind, dass man vor der Wahlentscheidung die Programme der verschiedenen Gruppierungen kennen sollte.

Zusammenfassung

Die Meinungen junger Polen zum Thema Demokratie einerseits und der aktuellen Politik andererseits laufen deutlich auseinander. So sehr sich die Jugend grundsätzlich positiv über das demokratische System äußert und generell der Meinung ist, dass es das Beste der möglichen ist, so beurteilt sie die gegenwärtige Politik und die aktuellen Politiker sehr negativ. Die Mehrheit meint, dass den Politikern nicht an den Wahlen, sondern vor allem an ihren eigenen Interessen gelegen ist. Sie sind empört, dass die Politiker keine fachlichen Debatten führen und sich weitestgehend mit unwesentlichen Fragen befas-

sen. Auch wenn die Jugend häufiger mit stark ideologisierten Gruppierungen sympathisiert, sieht sie auf der politischen Bühne keine Partei, die ihre Ansichten und Interessen repräsentieren würde. Eine große Herausforderung wird für die politischen Gruppierungen werden, attraktive und glaubwürdige politische Angebote für die Jugend aufzustellen. Wesentlich ist dabei, das

Internet einzubinden, das nicht nur die Hauptinformationsquelle für die jungen Menschen darstellt, sondern vor allem auch eine normale Umgebung, in der sie sich täglich bewegen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

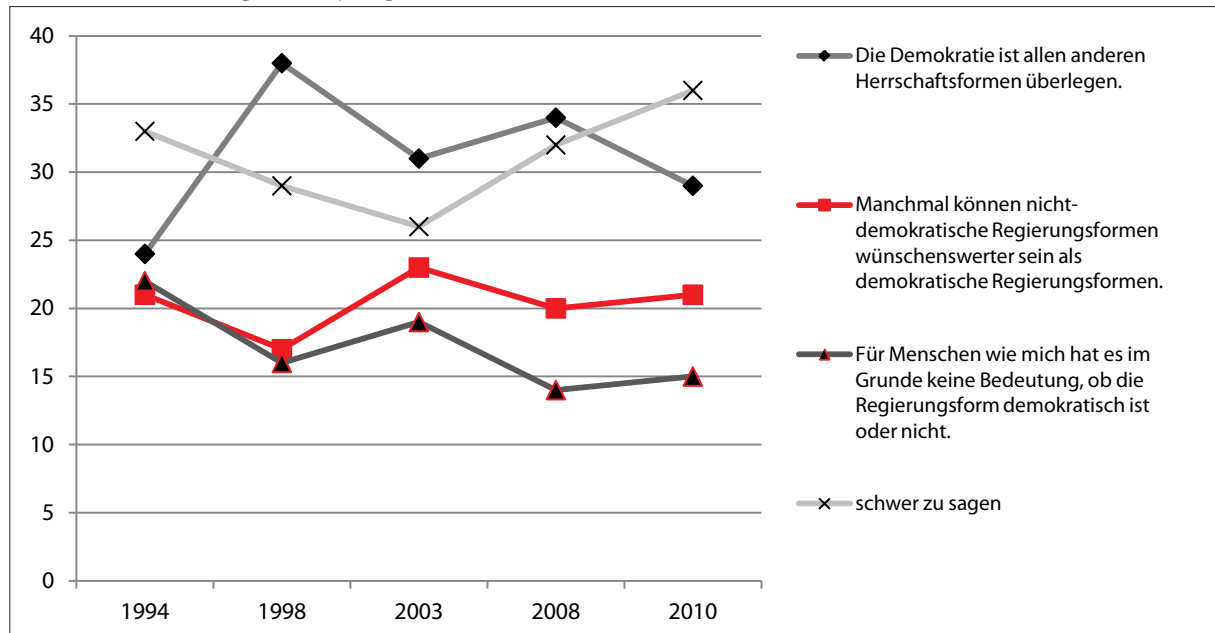
Über die Autorin

Marta Gałązka, Politologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Programm »Recht und Demokratische Institutionen« beim Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych) und Doktorandin am Institut für Politikwissenschaften an der Stefan Kardinal Wyszyński-Universität (Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego) in Warschau.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Umfragen zu Demokratie, Politik und Internetnutzung

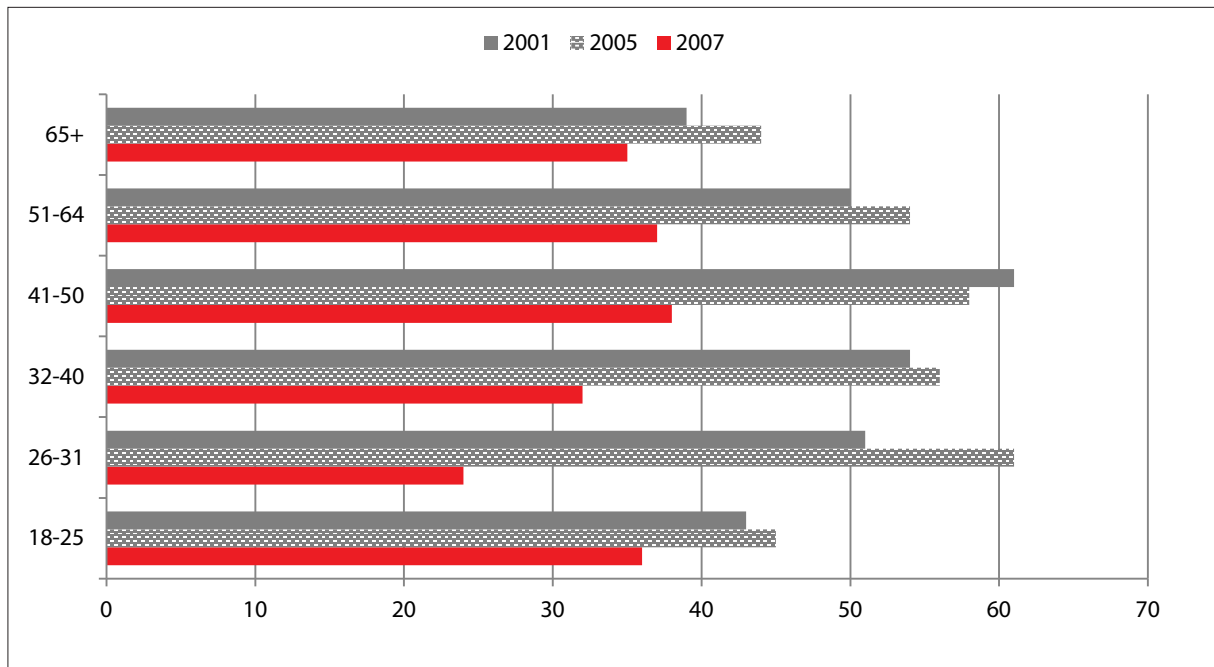
Grafik 1: Meinungen der jungen Polen zur Demokratie (%)



Quelle: Centrum Badania Opinii Społecznej: *Młodzież 2010. Opinie i Diagnozy* Nr. 19. Warszawa 2011. S. 43.

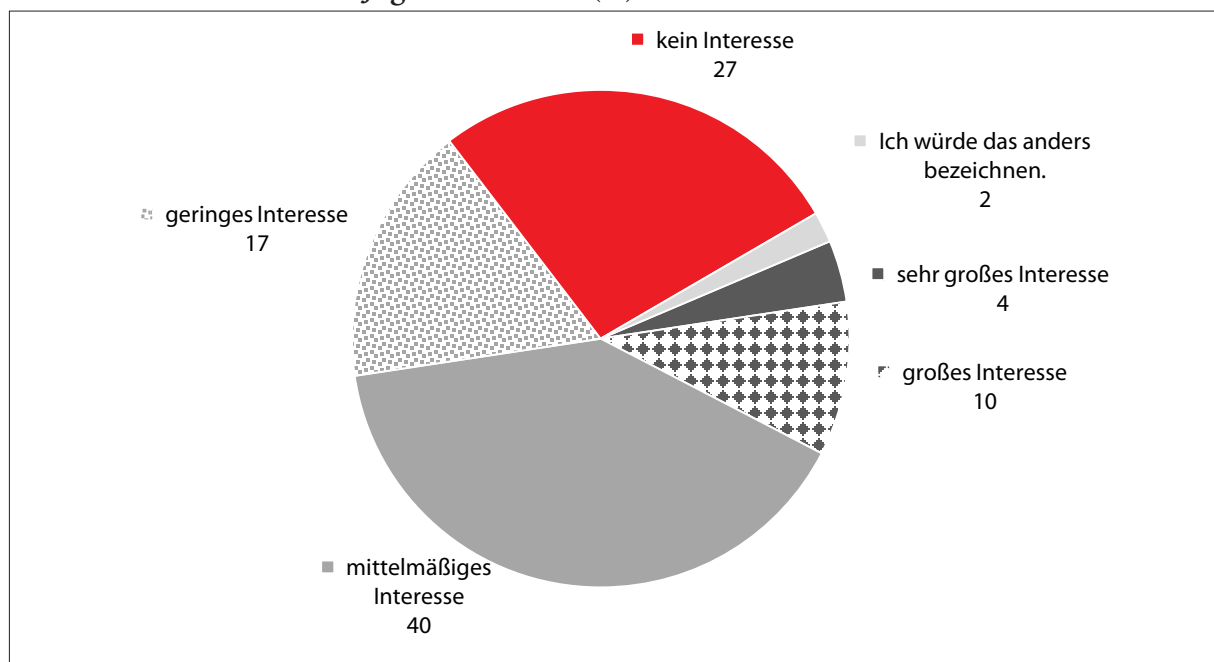
Zitiert nach: Batorski, Dominik; Drabek, Marcin; Gałązka, Marta; Zbieranek, Jarosław: *Wyborca 2.0. Młode pokolenie wobec procedur demokratycznych*. Warszawa, Instytut Spraw Publicznych 2012. S. 13. <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1674809630.pdf>

Grafik 2: Manchmal können nicht-demokratische Regierungsformen wünschenswerter sein als demokratische. (%)



Quelle: Batorski, Dominik; Drabek, Marcin; Gałazka, Marta; Zbieranek, Jarosław: *Wyborca 2.0. Młode pokolenie wobec procedur demokratycznych*. Warszawa, Instytut Spraw Publicznych 2012. S. 14. Eigene Bearbeitung auf der Grundlage von Daten von Polskie Generalne Studium Wyborcze <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1674809630.pdf>.

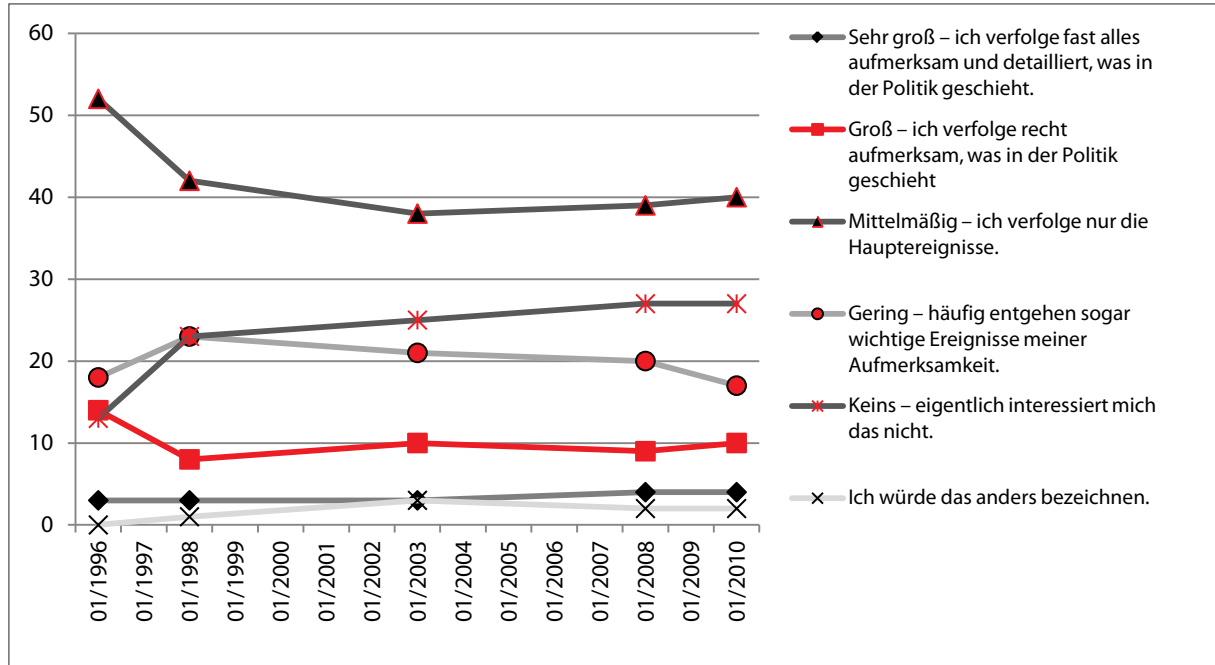
Grafik 3: Das Interesse der Jugend an Politik (%)



Quelle: Centrum Badania Opinii Społecznej: *Młodzież 2010. Opinie i Diagnozy* Nr. 19. Warszawa 2011. S. 59.

Zitiert nach: Batorski, Dominik; Drabek, Marcin; Gałazka, Marta; Zbieranek, Jarosław: *Wyborca 2.0. Młode pokolenie wobec procedur demokratycznych*. Warszawa, Instytut Spraw Publicznych 2012. S. 11. <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1674809630.pdf>

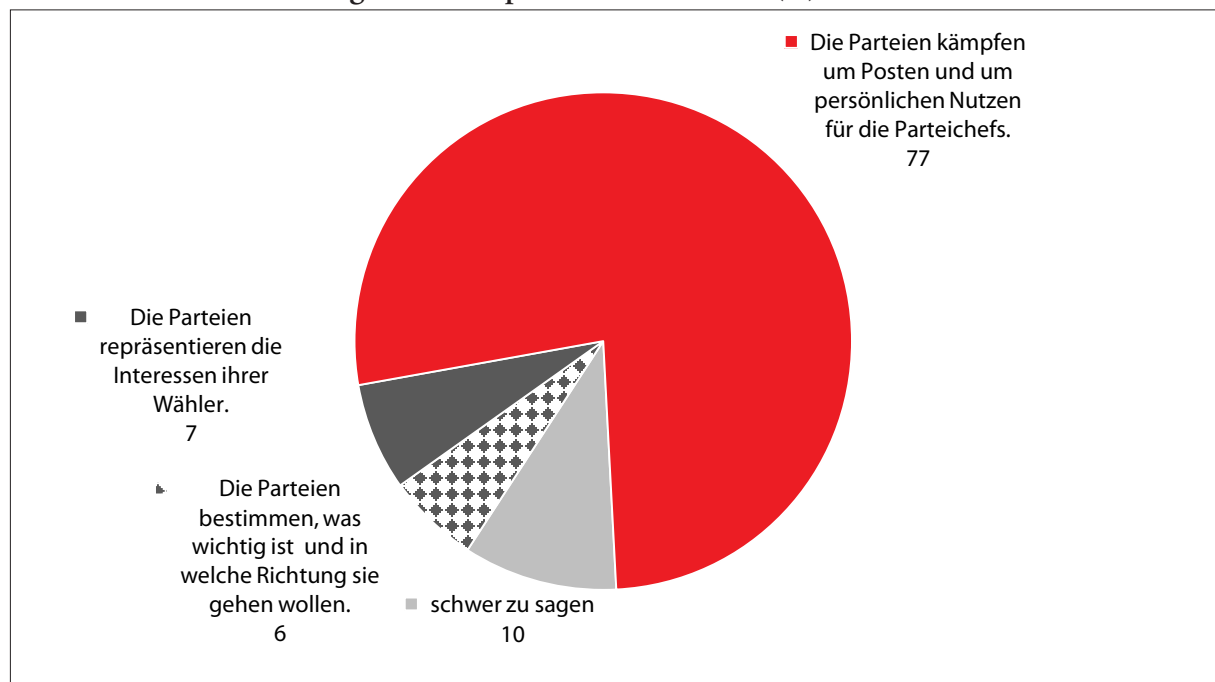
Grafik 4: Wie würdest Du Dein Interesse an Politik bezeichnen? (%)



Quelle: Centrum Badania Opinii Społecznej: Młodzież 2010. Opinie i Diagnozy Nr. 19. Warszawa 2011. S. 59.

Zitiert nach: Batorski, Dominik; Drabek, Marcin; Gałązka, Marta; Zbieranek, Jarosław: Wyborca 2.0. Młode pokolenie wobec procedur demokratycznych. Warszawa, Instytut Spraw Publicznych 2012. S. 12. <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1674809630.pdf>

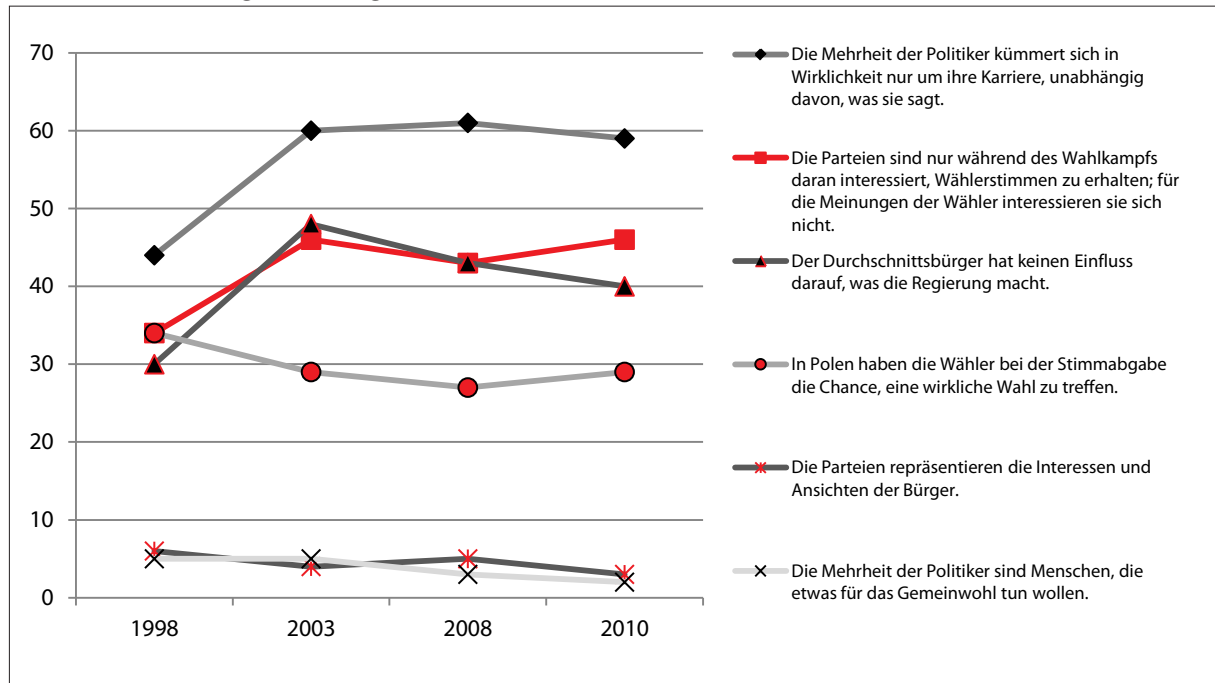
Grafik 5: Womit beschäftigen sich die polnischen Parteien? (%)



Quelle: Centrum Badania Opinii Społecznej: Młodzież 2010. Opinie i Diagnozy Nr. 19. Warszawa 2011. S. 48.

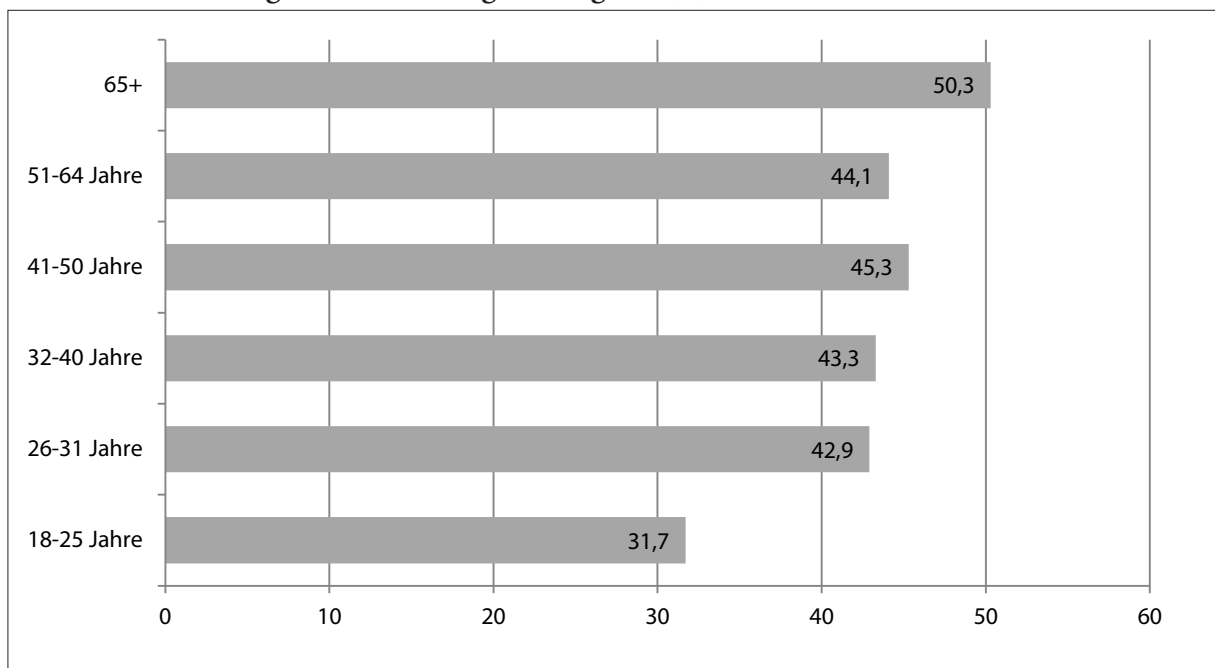
Zitiert nach: Batorski, Dominik; Drabek, Marcin; Gałązka, Marta; Zbieranek, Jarosław: Wyborca 2.0. Młode pokolenie wobec procedur demokratycznych. Warszawa, Instytut Spraw Publicznych 2012. S. 19. <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1674809630.pdf>

Grafik 6: Meinungen der Jugend über Politiker und Parteien



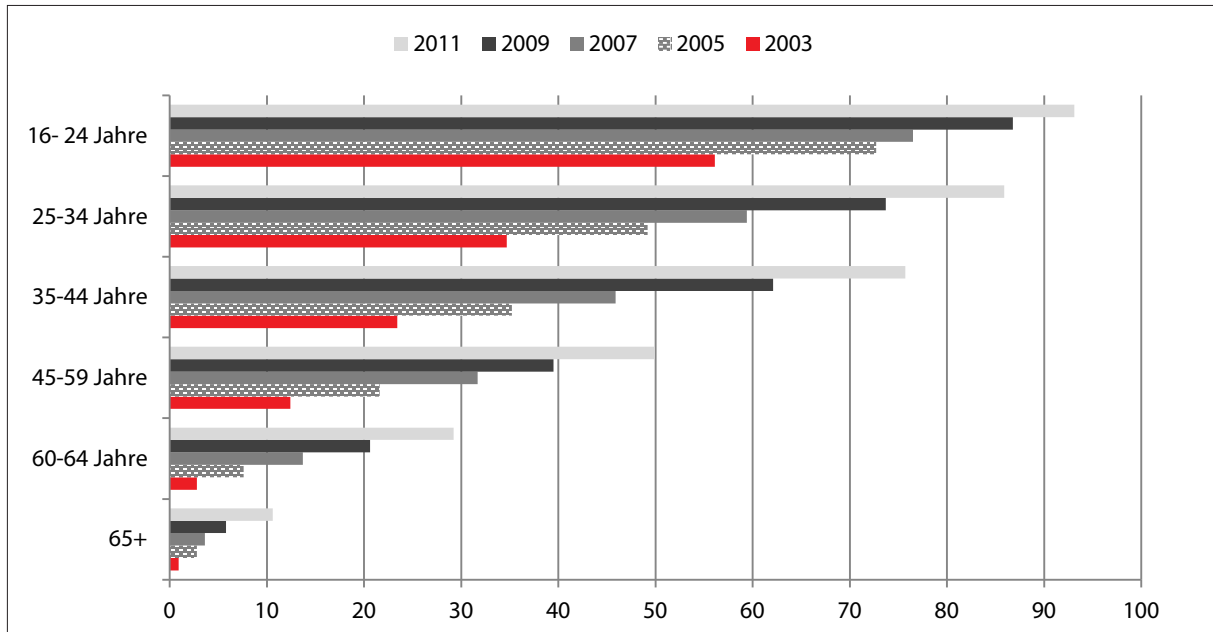
Quelle: Batorski, Dominik; Drabek, Marcin; Gałązka, Marta; Zbieranek, Jarosław: Wyborca 2.0. Młode pokolenie wobec procedur demokratycznych. Warszawa, Instytut Spraw Publicznych 2012. S. 20. Eigene Bearbeitung auf der Grundlage von Daten des Centrum Badań Opinii Społecznej: Młodzież 2010. Opinie i Diagnozy Nr. 19. Warszawa 2011. S. 51. <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1674809630.pdf>

Grafik 7: Es ist von großer Bedeutung, wer regiert. (%)



Quelle: Batorski, Dominik; Drabek, Marcin; Gałązka, Marta; Zbieranek, Jarosław: Wyborca 2.0. Młode pokolenie wobec procedur demokratycznych. Warszawa, Instytut Spraw Publicznych 2012. S. 21. Eigene Bearbeitung auf der Grundlage von Daten von Polskie Generalne Studium Wýborcze 2007. <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1674809630.pdf>

Grafik 8: Die Nutzung des Internets (nach Jahren und Altersgruppen) (%)



Quelle: Batorski, Dominik: *Korzystanie z technologii informacyjno-komunikacyjnych*. In: Czapiński, J.; Panek, T. (Hg.): *Diagnoza Społeczna 2011*. Rada Monitoringu Społecznego. Warszawa 2011.

Zitiert nach: Batorski, Dominik; Drabek, Marcin; Gałązka, Marta; Zbieranek, Jarosław: *Wyborca 2.0. Młode pokolenie wobec procedur demokratycznych*. Warszawa, Instytut Spraw Publicznych 2012. S. 31. <http://www.isp.org.pl/uploads/pdf/1674809630.pdf>

CHRONIK

Vom 4. Dezember 2012 bis zum 14. Januar 2013

04.12.2012	Nach einem Gespräch mit dem neu gewählten Vorsitzenden der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Janusz Piechociński, teilt Ministerpräsident Donald Tusk mit, dass dieser das Amt des Wirtschaftsministers und des stellvertretenden Ministerpräsidenten übernehmen wird. Hintergrund ist der Rücktritt Waldemar Pawlaks im Zusammenhang mit seiner Niederlage bei der Wahl des PSL-Vorsitzenden.
05.12.2012	Die Nichtregierungsorganisation Transparency International veröffentlicht in Berlin den neuesten Korruptionsindex. Polen rangiert unter den 176 weltweit untersuchten Ländern auf Platz 41. Deutschland nimmt Rang 13 ein.
06.12.2012	Die Ministerin für regionale Entwicklung, Elżbieta Bieńkowska, teilt mit, dass der Ausbau des Schnellstraßennetzes zwischen den größeren Städten der Woiwodschaften sowie Warschau das wichtigste Ziel im Bereich Straßenbauinvestitionen bis 2020 sei. Auch wenn über den EU-Haushalt 2014–2020 noch nicht entschieden worden sei, hätten die Gespräche zwischen dem Ministerium und den Selbstverwaltungsbehörden über die Finanzierung verschiedener Projekte bereits begonnen.
07.12.2012	Nach aktuellen Schätzungen des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik stieg die Arbeitslosigkeit von 12,5 % im Oktober auf 12,9 % im November, das waren 2.059.000 Personen. Für Dezember wird eine Arbeitslosenquote zwischen 13 und 14 % erwartet.
08.12.2012	Der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, unterstützt in Oppeln (Opole) die Idee von PiS, Kreis Oppeln, im Mai 2013 eine Demonstration unter dem Motto »Hier ist Polen« gegen die angebliche Bedrohung, die von der deutschen Minderheit im Oppelner Gebiet und der Bewegung für die Autonomie Schlesiens (Ruch Autonomii Śląska – RAŚ) ausgehe, durchzuführen. Die Demonstration solle in Polen und in Deutschland wahrgenommen werden, so Kaczyński. Sollte PiS die Regierungsverantwortung übernehmen, werde die deutsche Minderheit in Polen die gleichen Rechte wie die Polen in Deutschland erhalten. Die zurzeit bestehende Asymmetrie würde aufgehoben.

09.12.2012	Wirtschaftsminister Janusz Piechociński zeigt sich in Kattowitz (Katowice) bereit, mit dem Autohersteller Fiat Auto Poland in Tychy (Woiwodschaft Schlesien) Gespräche über die angekündigte Entlassung von 1.500 Arbeitnehmern im 1. Quartal 2013 zu führen, mit dem Ziel, den Umfang der Entlassungen zu verringern.
10.12.2012	Die Presseabteilung des Außenministeriums informiert, dass der Ständige Vertreter Polens beim Organisationsbüro der Vereinten Nationen in Genf, Remigiusz Henczel, zum Vorsitzenden des Menschenrechtsrats der UNO gewählt wurde.
11.12.2012	Arbeitsminister Władysław Kosiniak-Kamysz gibt die Bereitschaft der Regierung bekannt, 300 Mio. Zloty zur Verfügung zu stellen, sollte die angekündigte Massenentlassung beim Autohersteller Fiat Auto Poland in Tychy (Woiwodschaft Schlesien) im 1. Quartal 2013 aufgrund der sinkenden Nachfrage auf dem Automobilmarkt eintreten. Derzeit laufen Verhandlungen über eine mögliche Reduzierung der angekündigten Entlassungen von 1.500 Personen.
12.12.2012	Der Sejm verabschiedet den öffentlichen Haushalt für 2013 mit 233 Ja-Stimmen und 221 Gegenstimmen (keine Enthaltungen). Vorgesehen sind Einnahmen von zirka 299 Mrd. Zloty bei Ausgaben in Höhe von zirka 335 Mrd. Zloty.
13.12.2012	Des 31. Jahrestags der Verhängung des Kriegsrechts gedenkt Staatspräsident Bronisław Komorowski am Denkmal für US-Präsident Ronald Reagan in Warschau. Reagan hatte 1987 in einer Rede in West-Berlin den sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow aufgefordert, die Mauer niederzureißen. Die US-amerikanische Regierung hatte außerdem die polnische Oppositionsbewegung politisch und finanziell unterstützt.
14.12.2012	Auf einer Pressekonferenz während des zweitägigen Besuchs des französischen Landwirtschaftsministers Stéphane Le Foll in Polen teilt Landwirtschaftsminister Stanisław Kalembe mit, dass Polen und Frankreich eine ähnliche Haltung in Fragen der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU vertreten. Entgegen dem Vorschlag von EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy, die Ausgaben für die Gemeinsame Agrarpolitik um 25 Mrd. Euro zu reduzieren, sprechen sich beide Länder für eine Aufstockung der Finanzmittel für Direktzahlungen, die Entwicklung der Landwirtschaft, die Nahrungsmittelindustrie und die Entwicklung des ländlichen Raums aus.
15.12.2012	Roman Kuźniar, Berater des Staatspräsidenten für internationale Angelegenheiten, stellt in Aussicht, dass Polen am 1. Januar 2016 der Eurozone beitreten wird. Am Vortag hatte Ministerpräsident Donald Tusk geäußert, dass der Beitritt zur gemeinsamen Währung die Position Polens stärken werde, während andernfalls die Marginalisierung Polens in Europa drohe.
16.12.2012	Der Kandidat von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) für das Amt des Ministerpräsidenten, Piotr Gliński, und der Vorsitzende der Parlamentariengruppe für die Verteidigung des Demokratischen Rechtsstaates (Parlamentarny Zespół ds. Obrony Demokratycznego Państwa Prawa), Krzysztof Szczerski, kündigen einen Bericht »Über die polnische Freiheit und Republik« an. Ihrer Einschätzung nach funktionieren die Mechanismen der Demokratie, des Rechtsstaates, der gesellschaftlichen Solidarität und der freien Debatte in Polen schlecht. Zahlreiche soziale Gruppen wie kinderreiche Familien, Arbeitslose, arme, kranke, behinderte und alte Menschen seien ausgeschlossen und ökonomisch marginalisiert. Auch die öffentliche Debatte verschleße sich diesen Gruppen.
17.12.2012	Schatzminister Mikołaj Budzanowski teilt die Absicht der Regierung mit, die Polnischen Fluglinien LOT (Polskie Linie Lotnicze LOT) umzustrukturieren und anschließend zu privatisieren. Nach abgeschlossener Umstrukturierung könne bereits 2013 ein Brancheninvestor gesucht werden.
18.12.2012	Beim Autohersteller Fiat Auto Poland in Tychy (Woiwodschaft Schlesien) findet eine weitere Verhandlungsrunde zwischen Vertretern des Betriebs und der Gewerkschaften über die Bedingungen der angekündigten Massenentlassung statt. Fiat hatte angekündigt, aufgrund der Wirtschaftslage 1.500 Arbeitnehmer im Jahr 2013 zu entlassen. Derzeit ist von 1.450 Entlassungen sowie von Abfindungen die Rede.
19.12.2012	Nach dem neuesten Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG gibt die polnische Familie durchschnittlich zirka 1.000 Zloty für Geschenke, Lebensmittel und Fahrtkosten zu Weihnachten und Silvester 2012 aus. Die Verringerung des Wirtschaftswachstums habe offenbar keinen Einfluss auf diese Ausgaben, so der Chef der KPMG-Beratergruppe für den Konsumentenmarkt, Andrzej Bernatek.
20.12.2012	Das Schatzministerium teilt mit, dass sich die Einkünfte aus Privatisierungen im Jahr 2012 aktuell auf 9,16 Mrd. Zloty belaufen. Im öffentlichen Haushalt war von 10 Mrd. Zloty ausgegangen worden.
21.12.2012	Jacek Dominik, stellvertretender Finanzminister und Bevollmächtigter für die Einführung des Euro, teilt mit, dass im Jahr 2013 der Nationale Plan zur Einführung des Euro in Polen aktualisiert wird. Berücksichtigt würden dabei die Entscheidungen der EU im Zusammenhang mit den institutionellen und rechtlichen Reformen der Eurozone.

22.12.2012	In der afghanischen Provinz Ghazni werden drei Soldaten einer polnischen Patrouille verwundet, einer von ihnen schwer. Polen nimmt seit 2002 am ISAF-Einsatz in Afghanistan teil. Zurzeit sind dort zirka 1.800 polnische Soldaten stationiert.
23.12.2012	In einem Radiointerview des Senders Radio Zet kritisiert Adam Hofman (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) das Vorgehen von Außenminister Radosław Sikorski bei den Bemühungen, das Wrack des bei Smolensk abgestürzten Flugzeugs (April 2010) von Russland zu erhalten. Seiner Meinung nach hätte Sikorski sich bereits früher um Hilfe der Europäischen Union bemühen sollen.
25.12.2012	Erzbischof Józef Michalik kritisiert in seiner Weihnachtspredigt in Przemyśl den Angriff auf das traditionelle Familienverständnis, der in polnischen Massenmedien stattfindet. Als Ideal würde dort der Ehebruch dargestellt und Hauptthema sei Gewalt gegen Frauen als Ausdruck der polnischen Kultur. Der polnische Episkopat hatte zuvor die Unterzeichnung der Europäischen Konvention gegen Gewalt gegen Frauen durch den Sejm dahingehend kritisiert, dass die Konvention das traditionelle Geschlechterverständnis infrage stelle.
26.12.2012	Nach einer repräsentativen Umfrage, die vom Wirtschaftsministerium in Auftrag gegeben worden war, ist die Akzeptanz von Atomkraftwerken in Polen seit März 2012 um fünf Prozentpunkte gestiegen. 63 % der Polen haben keine Einwände gegen ein Atomkraftwerk in ihrer Nachbarschaft (vorher 57 %), 36 % sind dagegen (vorher 41 %). Im März hatte das Wirtschaftsministerium eine Informationskampagne über Atomenergie in Polen gestartet. Hintergrund sind Pläne, in Polen ab 2020 Atomstrom zu erzeugen.
27.12.2012	Der Landesrat für Rundfunk und Fernsehen (Krajowa Rada Radiofonii i Telewizji – KRRiT) schreibt digitale Sendelizenzen für insgesamt vier Kanäle in den Kategorien Religion und Gesellschaft, Film, Bildung und Kinder aus. Erwartet wird eine Bewerbung des national-katholischen Senders TV Trwam.
28.12.2012	In einem Interview mit der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« spricht sich der US-amerikanische Botschafter in Polen, Stephen D. Mull, dafür aus, dass die polnische Gesetzgebung ausländische Firmen zu Investitionen im Bereich Schiefergas animieren solle. Für diese seien Vorschriften und die Höhe der Steuern wichtige Entscheidungskriterien.
29.12.2012	Auf einer Pressekonferenz im schlesischen Mysłowice kündigt Wirtschaftsminister Janusz Piechociński an, dass er sich Anfang 2013 beim Autohersteller Fiat Auto Poland für die Produktion eines neuen Automodells in Polen einsetzen wird. Fiat hatte angekündigt, dass am Standort in Tychy (Woiwodschaft Schlesien/woj. śląskie) im Jahr 2013 1.500 Angestellte entlassen werden. Nach Verhandlungen mit den Gewerkschaften sollte sich die Zahl auf 1.450 reduzieren.
30.12.2012	In einem Brief zum Fest der Heiligen Familie, das in der Katholischen Kirche am ersten Sonntag nach Weihnachten begangen wird, mahnen die polnischen Bischöfe, dass der Sonntag ein Tag für Gott und die Familie bleiben sollte. Die christliche Familie sollte den Tag nicht zum Besuch von Einkaufszentren nutzen.
31.12.2012	In seiner Neujahrsansprache hebt Staatspräsident Bronisław Komorowski hervor, dass Polen 2012 trotz europäischer Wirtschaftskrise sein Wirtschaftswachstum und seine Konkurrenzfähigkeit erhalten hat. Er fordert seine Landsleute auf, an die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten zu glauben und einander Vertrauen entgegenzubringen. Auch bei Differenzen sollte man vertrauen, dass die anderen das gleiche Ziel, das Gemeinwohl Polens, anstreben.
02.01.2013	Der Vorsitzende der Gewerkschaft Solidarność, Piotr Duda, spricht sich in einem Radiointerview für einen Regierungswechsel aus. Die aktuelle Regierung beschäftige sich nur mit sich selbst und sei im Hinblick auf den Dialog mit der Gesellschaft die schlechteste Regierung seit 1989. Ihre Devise sei, dass der Markt alles regeln würde.
03.01.2013	Auf einer Pressekonferenz nennt Ministerpräsident Donald Tusk als Grund für den Rücktritt des Chefs des Inlandsgeheimdienstes (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW), Krzysztof Bondaryk, die bevorstehende Umstrukturierung des ABW. Bondaryk hatte am Vortag ohne Angabe von Gründen seinen Rücktritt eingereicht.
04.01.2013	Der Sejm stimmt gegen den Antrag von Solidarisches Polen von Zbigniew Ziobro (Solidarna Polska Zbigniewa Ziobro – SP), einen mit Experten besetzten Bürgerausschuss zur Aufklärung der Flugzeugkatastrophe von Smolensk (April 2010) zu berufen. Dieser hätte die Kompetenzen eines Untersuchungsausschusses gehabt und hätte sich an Drittstaaten und internationale Organisationen zwecks Zusammenarbeit wenden dürfen. 281 Abgeordnete stimmen dagegen, 149 unterstützen das Projekt.
05.01.2013	EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski spricht sich für eine neue Debatte in Polen über die Einführung des Euro aus. Der Euro verbinde die wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Mitglieder der Eurozone und sei auf Dauer ausgerichtet. Alle Länder außerhalb der Eurozone würden in der Zukunft Peripherie sein.
06.01.2013	Am Feiertag der Heiligen Drei Könige finden in zirka 90 Städten Straßenumzüge statt, die von drei »Königen« angeführt werden, die die Kontinente Europa, Afrika und Asien symbolisieren. Im Vorjahr hatte es zirka 25 Umzüge gegeben.

07.01.2012	Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik stieg die Arbeitslosigkeit im Dezember 2012 auf 13,3 % (November: 12,9 %). Dies sind 2,14 Mio. Personen.
08.01.2013	Nach Meinung von Finanzminister Jacek Rostowski ist eine Aufstockung der Ausgaben des Fonds für Arbeit (Fundusz Pracy) nicht notwendig. Dies würde das Defizit des öffentlichen Haushalts vergrößern. Eine Erhöhung um 1 Mrd. Zloty zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hatte der Haushalts- und Finanzausschuss des Senats vorgeschlagen.
09.01.2013	Das Finanzministerium gibt bekannt, dass die Polnische Nationalbank (Narodowy Bank Polski – NBP) 700 Mio. Euro aus zwei mit der Europäischen Investitionsbank vereinbarten Krediten erhalten hat.
10.01.2013	Der Parteivorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Leszek Miller, spricht sich dafür aus, auf der nächsten Sitzung des Nationalen Sicherheitsrates (Rada Bezpieczeństwa Narodowego – RBN), einem Beratergremium beim Staatspräsidenten, über die Reformierung des Inlandsgeheimdienstes (Agencja Bezpieczeństwa Wewnętrznego – ABW) zu beraten. Miller kritisiert, dass die vorgesehenen Untersuchungskompetenzen des ABW beschränkt werden sollen und dass der ABW dem Innenministerium und nicht mehr dem Ministerpräsidenten unterstehen soll.
11.01.2013	Der Parteivorsitzende der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Leszek Miller, stellt auf einer Pressekonferenz Vorschläge zur Belebung der polnischen Automobilbranche vor. U. a. sollen die Autowerke FSO und FSM staatliche Unterstützung erhalten, Privatpersonen finanziell unterstützt werden, wenn sie für ihr altes Auto einen neuen Wagen kaufen, mehr in die Entwicklung von Elektromotoren und Motoren auf der Basis von Biokraftstoff investiert werden und eine Ökosteuer in Abhängigkeit vom Alter und Schadstoffausstoß des Wagens eingeführt werden.
12.01.2013	Wirtschaftsminister Janusz Piechociński teilt bei einem Parteitreffen der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) in Kalisch (Kalisz) mit, dass sich ein Investor der Automobilbranche für einen Standort in der Woiwodschaft Großpolen (woj. wielkopolskie) interessiert. Außerdem werde er Ende Januar mit Vertretern eines weltweit agierenden Autoherstellers über Investitionen auf dem polnischen Markt sprechen.
13.01.2013	In Wisła (Woiwodschaft Schlesien/woj. śląskie) endet das zweitägige Treffen der Visegrád-Staaten (Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn). Diskutiert wurde über die Weiterentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Polen hat zurzeit der Vorsitz der Visegrád-Gruppe inne.
14.01.2013	In einem Interview mit der Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« bekräftigt Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak, dass Polen aufgrund seiner geographischen Randlage Fragen der Verteidigung mehr Aufmerksamkeit als andere Staaten schenken müsse. In Politik und Gesellschaft herrsche darüber große Einigkeit. Wichtig sei, dass die Investitionen des Verteidigungshaushalts (1,95 % des Bruttoinlandsprodukts) auch Arbeitsplätze in Polen schaffen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Partnerschaft mit dem Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Wrocław (Breslau) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. 1987 wurden die Kultusminister der Länder und 2011 das Auswärtige Amt weitere institutionelle Träger. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 60.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Polen-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1863-9712 © 2012 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen